

Stand: 04.06.2026 23:01:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6212

"Wahl der Eltern und Schüler ernst nehmen: Alle Anmeldungen auf G9 umsetzen und niemand abweisen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6212 vom 21.04.2015
2. Beschluss des Plenums 17/6292 vom 22.04.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 22.04.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Wahl der Eltern und Schüler ernst nehmen: Alle Anmeldungen auf G9 umsetzen und niemand abweisen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle eingegangenen Anmeldungen der Schülerinnen und Schüler auf Aufnahme in den neunjährigen Bildungsgang im Rahmen der „Mittelstufe Plus“ zu berücksichtigen.

Die Staatsregierung wird deshalb weiterhin aufgefordert, bei den G9-Gymnasien unverzüglich organisatorische und rechtliche Hemmnisse wie beispielsweise das Verbot der Klassenmehrung zu beseitigen und einen erhöhten Budgetzuschlag an Lehrerstunden bereitzustellen, damit der Eltern- und Schülerwille auch umgesetzt werden kann.

Begründung:

Die Rahmenbedingungen für die Pilotphase der „Mittelstufe Plus“ setzen fest, dass jedes der ausgewählten Gymnasien im Rahmen des regulären Budgets die Klassenbildung umsetzen soll und dass es hierbei zu keinen zusätzlichen Klassen kommen darf. Diese so genannte „Klassenmehrung“ wird durch die Vorgaben ausgeschlossen. Damit der Pilotversuch der „Mittelstufe Plus“ ein Erfolg werden kann, muss unbedingt vermieden werden, dass gleich zu Beginn Schülerinnen und Schüler abgewiesen werden. Rechtliche und organisatorische Vorgaben sind deshalb auf die Bedürfnisse des Pilotversuchs anzupassen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/6212

Wahl der Eltern und Schüler ernst nehmen: Alle Anmeldungen auf G9 umsetzen und niemand abweisen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Günther Felbinger

Abg. Otto Lederer

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Kathi Petersen

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Wahl der Eltern und Schüler ernst nehmen: Alle Anmeldungen auf G9 umsetzen
und niemand abweisen! (Drs. 17/6212)**

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem Herrn Kollegen Felbinger das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister! Herr Minister Spaenle, Sie möchte ich gleich ansprechen. Was würden Sie davon halten – er ist noch beschäftigt, irgendwelche Glückwünsche entgegenzunehmen -, wenn Ihr Kind an eine der 47 Pilot-schulen geht und Ihre Familie nun vor der Entscheidung steht, ob Ihr Kind das reguläre G 8 oder die Mittelstufe plus wählen soll.

Sicherlich werden Sie innerhalb Ihrer Familie Vorüberlegungen machen, lange Debatten führen, abwägen und dann zu einer Entscheidung kommen: Das Kind soll in die Mittelstufe plus gehen, vielleicht, weil es ein Jahr mehr Zeit braucht, um die Unterrichtsinhalte zu vertiefen, um ins Ausland zu gehen, oder mehr Zeit benötigt, um sich ehrenamtlich in der Feuerwehr oder in irgendeinem Verein zu engagieren. Es gibt viele Motive, warum diese Entscheidung letztendlich fällt, die vorab natürlich nicht unbedingt so eingeplant werden kann. Sie füllen dann das Formular in der Schule aus und gehen als Eltern davon aus: Die Anmeldung ist erfolgt; alles klar. Eine Last fällt von Ihnen ab; denn die Entscheidung steht. Doch einige Tage später werden Sie überrascht, weil ein Brief von der Schule bei Ihnen im Briefkasten ist: Papperlapapp, alles zurück an den Start.

Mir liegen einige solche Schreiben von Gymnasien vor. Ich möchte aus einem Schreiben exemplarisch vorlesen, ohne die konkrete Schule zu nennen. Dort heißt es:

Sehr geehrte Eltern, liebe Schülerinnen und Schüler, wir haben Ihre Wahlzettel ausgewertet. Leider können wir Ihre Wünsche aus organisatorischen und rechtlichen Gründen in der folgenden Form nicht umsetzen: Der verbliebene Regelzug G 8 ist zu klein, und damit kann keine Klasse gebildet werden. ... Nach § 36 GSO richtet sich die Klassenbildung nach pädagogischen, personellen, räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten. Um diese Vorgaben realisieren zu können, behält sich die Schulleitung nach dieser Wahl eine Auswahl vor.

Es bedarf keiner großen Fantasie, wie die meisten Eltern oder auch Schüler nun auf diesen Brief reagieren werden: Enttäuschung, Wut, Hoffnung, vielleicht doch noch einen Platz in der Mittelstufe plus zu bekommen, ja, Anspannung, dass man nun doch in das ungeliebte G 8 muss.

Meine Damen und Herren, dass eine solche Situation überhaupt entstehen kann, ist ein massives Scheitern des Kultusministers und seines Ministeriums.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ein Quatsch!)

Eine Redewendung sagt: Niemand plant zu versagen, aber die meisten versagen beim Planen. Ich füge hinzu: Diejenigen, die die Realität nicht kennen, werden bei der Planung zwangsläufig versagen müssen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Völlig daneben!)

Es war eben nicht überraschend, dass es nunmehr ein solch großes Interesse an den Modellgymnasien vor Ort gibt, wie Sie sie geplant haben; denn nach derzeitiger Rückmeldung – heutige Pressemitteilung vom Philologenverband – wählen 75 % der Schülerinnen und Schüler die Mittelstufe plus, mithin das G 9. Interessant ist: Je ländlicher das Gymnasium ist, umso höher ist die Quote. Ich kann mich noch erinnern, vor einem Jahr hieß es: Ihr FREIEN WÄHLER seid mit eurer Wahlfreiheit die Totengräber der ländlichen Gymnasien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das wäre sie auch gewesen!)

Jetzt sind Sie die Totengräber, wenn Sie nicht reagieren. Jeder Modellversuch muss so ausgestattet sein, dass solche Szenarien mitgedacht werden und es unter Umständen auch Ausnahmeregelungen sowohl für den regulären G-8-Zweig als auch für den G-9-Zweig gibt.

Meine Damen und Herren, wir FREIEN WÄHLER haben bereits mit unserem Dringlichkeitsantrag 17/5407 am 25. Februar dieses Jahres darauf hingewiesen und damals einen erhöhten Budgetzuschlag für kleine Gymnasien gefordert; denn dort tritt der genannte Fall am meisten auf. Wir wollten, dass keine Engpässe in der Unterrichtsversorgung entstehen und kleinere Gruppenbildungen möglich sind, um auch die Zweigwahldifferenzierung anzubieten.

Ich hatte bei der Debatte im Bildungsausschuss am 5. März auch gesagt, mit der Einführung der Mittelstufe plus könnte ein erhöhter Bedarf an Lehrerstunden in den Kernfächern entstehen. Aber was haben Sie, Herr Spaenle, festgesetzt? - Die Klassenbildung soll innerhalb des regulären Budgets erfolgen, Klassenmehrung darf es nicht geben, und jedes Gymnasium unabhängig von der Größe erhält nur die vier Anrechnungstunden für die Projektleitung und -begleitung.

Für uns ist klar, dass Ihre Pilotphase so angelegt ist, dass sie scheitern soll. Doch damit diese sogenannte Pilotphase nicht gleich zu Beginn mit Enttäuschungen endet, fordern wir Sie unmittelbar zum Handeln auf: Alle eingegangenen Anmeldungen der Schülerinnen und Schüler auf Aufnahme in den neunjährigen Bildungsgang im Rahmen der Mittelstufe plus sind unbedingt zu berücksichtigen; bei den G-9-Gymnasien müssen unverzüglich organisatorische und rechtliche Hemmnisse, beispielsweise das Verbot der Klassenmehrung, beseitigt und ein erhöhter Budgetzuschlag für die Lehrerstunden bereitgestellt werden, damit der Eltern- und Schülerwille auch umgesetzt werden kann.

Lassen Sie mich abschließend sagen, was der fränkische Dichter Jean Paul schon gesagt hat: Gegen das Fehlschlagen eines Planes gibt es keinen besseren Trost, als auf der Stelle einen neuen zu machen. Herr Spaenle, Sie können damit jetzt ans Werk gehen. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Lederer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Felbinger, gleich zu Beginn möchte ich Ihnen eines mitteilen: Es gibt kein G 9 in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben ein grundständig achtjähriges Gymnasium mit einem Lehrplan, der auf acht Schuljahre ausgelegt ist. Wenn Sie G 9 möchten, müssen Sie nach Baden-Württemberg gehen. Dort hat man anfangs gesagt, man werde es flächendeckend einführen, dann hat man es auf 44 Gymnasien begrenzt, und mittlerweile spricht selbst der SPD-Kultusminister von Baden-Württemberg davon, dass es wahrscheinlich nicht fortgeführt wird, zumindest nicht in dieser und voraussichtlich auch nicht in der nächsten Legislaturperiode.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Hört, hört!)

Die CSU hat im vergangenen September in Banz ein Grundsatzpapier zum Gymnasium erarbeitet. Darin ist eine von vier Säulen das Thema Lernzeit, und innerhalb dieses Themas Lernzeit gibt es die Mittelstufe plus. Die Opposition und auch Sie, Herr Felbinger – das muss ich hier noch anfügen -, haben uns, zum Teil noch bevor dieses Thema hier im Plenum und auch bei uns im Ausschuss besprochen wurde, einer ständigen Kritik ausgesetzt. Die Mittelstufe plus führe in die Sackgasse, hat es geheißen, sie verdiene die Note mangelhaft, Murks, "Sitzenbleiberklasse". Sogar ein Vorsitzen-

der des Deutschen Philologenverbands hat das "Sitzenbleiber-Image" heraufbeschworen. Heute hat er sich selbst für den Pilotversuch angemeldet und leitet eine dieser Pilotschulen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Hört, hört! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: War der auch in Württemberg?)

Wir haben trotzdem diesen Weg konsequent weiterverfolgt: Wir haben dieser Umsetzung der Mittelstufe plus eine Pilotphase vorgeschaltet, um dort zu testen und weiterzuentwickeln, und zwar gemeinsam mit der Schulfamilie, mit den Lehrern, mit den Eltern, mit den Schülern und mit den Schulleitungen. Die Schulen werden hier jedoch nicht alleingelassen, sondern sie werden begleitet, unter anderem von einer Projektgruppe des Ministeriums, und die daraus gewonnenen Erfahrungen – das ist jetzt das Wichtige – werden dann ausgewertet.

Deshalb müssen wir zuerst die Pilotphase abschließen und dann die Erkenntnisse aus der Pilotphase als Grundlage für weitere Entscheidungen nehmen. Das ist der richtige Weg. So wird ein Schuh daraus. Sie würden das Pferd von hinten aufzäumen. Ich bitte Sie, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen; denn es steht sehr viel auf dem Spiel, nämlich eine qualitätsvolle und höchst erfolgreiche Schul- und Gymnasiallandschaft. Das sollten wir nicht der Profilierungssucht opfern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, unabhängig davon wäre ich mit einer leichtfertigen Interpretation des Eltern- und Schülerwillens vorsichtig. Die jüngste Vergangenheit hat nämlich gezeigt, dass ausgerechnet Sie nicht unbedingt dafür prädestiniert sind, den Elternwillen richtig zu interpretieren. Das gescheiterte Volksbegehren hat das zur Genüge gezeigt.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil Sie die Leute verunsichert haben. Schaut die Zahlen an!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, es ist sehr schade, dass Sie sich zu so einem Dringlichkeitsantrag haben hinreißen lassen, gerade jetzt in einer Phase, in der alle den Blick nach vorne richten und konstruktiv zum Wohle der Gymnasiasten, der bayerischen Bildungslandschaft und natürlich zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler mitwirken wollen. Aber vielleicht ist dem einen oder anderen gar nicht daran gelegen, dass in der bayerischen Bildungslandschaft konstruktiv zusammengearbeitet wird. Schade, dass es sehr viele gibt, die diesen Prozess ausbremsen, behindern und sogar schlechtreden; denn nach einer Infratest-dimap-Umfrage aus dem Jahr 2004 wissen wir, dass 62 % der Bürgerinnen und Bürger Bayerns die Schul- und Hochschullandschaft in Bayern für besser halten als die in anderen Bundesländern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): 2004?)

– Entschuldigung, September 2014.

Herr Aiwanger, für Sie vielleicht ganz interessant: 81 % – 81 %! – derjenigen, die dem Klientel der FREIEN WÄHLER angehören, sind dieser Meinung.

(Zuruf von der SPD: Ihr Klientel! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein!)

Sogar mehr als diese 62 %, nämlich 66 %, signalisieren Zustimmung zu diesem Gymnasium.

Herr Kollege, ich kann deshalb vor diesem Hintergrund nicht verstehen, dass Sie von einem ungeliebten G 8 sprechen. So viel zum Thema "Interpretation der Volksmeinung durch die FREIEN WÄHLER".

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben bei der Weiterentwicklung des Gymnasiums im vergangenen Jahr einen intensiven Dialogprozess geführt und dabei die Schulfamilie, die Kommunen, die Wissenschaft und die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen eingebunden. Ein Er-

gebnis dieses Dialogprozesses ist die Mittelstufe plus. Ein erster erfolgreicher Schritt auf dem gemeinsamen Weg zur Mittelstufe plus ist bereits getan; denn 47 Pilotschulen wurden sehr sinnvoll ausgewählt.

Kritik gab es dabei im Vorfeld zuhauf. Es gab Zweifel am Erfolg dieses Konzepts. Man sagte, es sei ein unambitioniertes Projekt; die Teilnahme am Pilotversuch sei unattraktiv, ja unmöglich; die Reform sei stümperhaft ausgestaltet; wie soll sie Akzeptanz erfahren? - Den letzten Satz haben Sie, Herr Felbinger, unter anderem mit unterschrieben. Heute sagen Sie, dass es bei diesem Projekt eine sehr große Resonanz gebe. Ich verstehe das nicht.

Doch trotz all dieser Unkenrufe ist die Resonanz auf dieses Pilotprojekt sehr positiv. Insgesamt gab es 71 Bewerbungen. Auch konnte bei diesem Pilotprojekt die vielfältige gymnasiale Schullandschaft mit ins Boot geholt werden. Beworben haben sich große und kleine Gymnasien, Stadt und Land, die unterschiedlichsten Ausbildungsrichtungen und Sprachenfolgen.

Die Anmeldung für die Schülerinnen und Schüler für die Mittelstufe plus läuft an den Pilotschulen noch maximal bis zum 4. Mai. Erste Anzeichen lassen vermuten, dass die Nachfrage gut ist, aber natürlich schulspezifisch unterschiedlich ausfallen wird. Kritiker, insbesondere aus den Reihen der GRÜNEN, haben prophezeit, die Mittelstufe plus werde in der Versenkung verschwinden. Ich glaube das nicht, obwohl sie sehr, sehr schlechtgeredet wird. Die Mittelstufe plus bietet den Schülerinnen und Schülern bei pädagogischem Bedarf nun ein Jahr mehr Lernzeit. Sie ist eine von vielen Antworten auf die wachsende Heterogenität der Schülerschaft, welche die CSU gibt. Die Mittelstufe plus setzt genau beim Übergang von der Unterstufe zur Mittelstufe an, also dort, wo sowieso viele Klassen aufgrund von Sprachenfolgen, Zweigen usw. neu eingeteilt werden müssen.

Herr Kollege Felbinger, diese Einteilung ist tagtägliches Geschäft. Genau deshalb ist dies bereits vorher in der Gymnasialen Schulordnung – GSO – geregelt worden; denn

es gibt schon heute Konstellationen für Schülerinnen und Schüler – ohne die Mittelstufe plus –, die diese Anforderungen brauchen, wobei man über die GSO Einteilungen vornehmen muss.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann lasst doch alle für das G 9 zu!)

So wird es auch bei der Mittelstufe plus sein. Das sehen auch die Verbände der Direktoren und der Eltern so. Das hat bisher gut funktioniert, und ich habe vollstes Vertrauen, dass es auch mit der Mittelstufe plus gut funktionieren wird.

(Beifall bei der CSU)

Durch die Mittelstufe plus erfahren die Schülerinnen und Schüler eine deutliche Entlastung, zum einen in Bezug auf die Wochenstunden, zum anderen in Bezug auf die Anzahl der Fächer pro Schuljahr. Darüber hinaus erfahren sie insbesondere in den Kernfächern eine zusätzliche Förderung. Die Mittelstufe plus ist also ein Fördermodell mit 17 zusätzlichen Wochenstunden und in der 10. Jahrgangsstufe mit nur zwei verpflichtenden Wochenstunden am Nachmittag. Dafür erhalten die Schulen vier zusätzliche Wochenstunden für die Erarbeitung neuer Konzepte und das volle Budget, das übrigens bei kleinen Schulen um bis zu 10 % größer ist als bei großen Schulen. Sie erhalten also das volle Budget, obwohl in der Mittelstufe plus deutlich weniger Wochenstunden pro Schuljahr unterrichtet werden. Der zusätzliche Lehrerbedarf, der durch die Mittelstufe plus entsteht, wird aber nicht im "Schuljahr 9+" wirksam, sondern erst dann, wenn diese Schülerinnen und Schüler in die Q 12 eintreten. Auch zu diesem Zeitpunkt wird es erforderlich sein, im Haushalt die zusätzlichen Lehrerstunden zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund werden wir vonseiten der CSU diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Aiwanger. Herr Kollege Aiwanger, bitte.

Otto Lederer (CSU): Gerne.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, Sie haben jetzt sehr viele schöne Worte gesagt und von Infratest dimap gesprochen. Darum geht es gar nicht. Wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag klipp und klar stehen, dass jeder, der die neun-jährige Form des Gymnasiums – oder nennen Sie es Mittelstufe plus – wählen will, sie wählen können soll. Uns liegen Briefe von Eltern vor, wonach Eltern von der Schulleitung einen Brief bekommen, in dem steht, dass das G 9 oder die Mittelstufe plus nicht gewählt werden könne, weil zu viele Schülerinnen und Schüler das G 9 wollten. Darum geht es. Ich stelle Ihr neues Super-Plus-Modell gar nicht in Frage. Aber wir fordern, dass Sie jedem, der dieses Modell jetzt wählen will, diese Chance geben; Sie sollten aber nicht den Eltern Briefe schreiben und sagen: Wir bieten das neue Modell Mittelstufe plus an, aber leider ist für dich kein Platz mehr frei. Wir sagen nicht, dass euer Modell schlecht ist. Dieses Modell ist auf unseren Druck hin entstanden. Aber lassen Sie bitte jeden dieses Modell wählen. Sagen Sie nicht: Tut mir leid, wir lassen keinen mehr rein. Darum geht es. Es geht nicht um Infratest dimap oder darum, wie zufrieden die mit irgendetwas sind. Es geht vielmehr darum: Lassen Sie das G 9 jeden wählen, der das G 9 nehmen will. Heute darf er das nicht, Punkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Lederer.

Otto Lederer (CSU): Herr Kollege Aiwanger, es ist schön, dass Sie heute dazu übergehen, die Mittelstufe plus zu loben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das G 9!)

– Nein, das ist nicht das G 9. Sie haben es immer noch nicht verstanden.

(Unruhe)

Nur: In den letzten Wochen und Monaten wurde es auch von Ihrer Fraktion ständig schlechtgeredet.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Darum geht es doch heute nicht! – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich bin sehr begeistert, dass Sie es heute positiv sehen.

(Beifall bei der CSU)

Die Frage ist: Wie kann man das Ganze einteilen? Wir fordern hier unter gewissen Voraussetzungen eine Pilotphase, und zwar unter genau denselben Voraussetzungen, die bereits jetzt am Gymnasium gelten, zum Beispiel bei den Themen Ganztags und bei der Wahl des Zweiges und den weiterführenden Fremdsprachen. Genau diese Kriterien sollen jetzt für die Mittelstufe plus gelten. Am Ende dieser Pilotphase werden wir dann sehen, wie sich das Ganze entwickelt hat und ob man da und dort nachsteuern muss, aber doch bitte nicht vor Abschluss der Pilotphase, noch bevor alle Einschreibungen der Schülerinnen und Schüler vorliegen. Lassen Sie uns doch erst einmal diese Pilotphase durchführen. Das ist ja der Sinn einer Pilotphase, dass sie für einen beschränkten Bereich eingeführt wird, um Erkenntnisse zu gewinnen, die dann auf alle Schulen übertragen werden sollen. Ich denke, das macht Sinn.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Petersen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Lederer, ich will Ihnen ja gar nicht zum Vorwurf machen, dass Sie hier die Mittelstufe plus schönreden. Ich verstehe aber Ihre Kritik am Antrag der FREIEN WÄHLER nicht. Wenn die FREIEN WÄHLER auf Fundamentalopposition schalten, werden sie kritisiert. Jetzt sagen die FREIEN WÄHLER: Gut, wir haben die Mittelstufe plus; jetzt sollten wir schauen, dass sie wenigstens halbwegs vernünftig läuft. Das

müsste eigentlich im Interesse der CSU sein. Dafür werden die FREIEN WÄHLER jedoch von der CSU ebenfalls kritisiert. Das verstehe, wer will.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

- Vielleicht hören Sie mir zu. Dann wird das ein bisschen klarer. – Die Mittelstufe plus war der Versuch der CSU und des Kultusministeriums, die Diskussion über das G 8 und das G 9 zu befrieden, und zwar zugunsten eines G 8. Seit der überstürzten Einführung des G 8 hat es an den Gymnasien nämlich keine wirkliche Ruhe mehr gegeben. In den letzten beiden Jahren wurden zunehmend Forderungen nach der Rückkehr zum G 9 laut. Dass diese Forderungen von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN erhoben wurden, hat Sie vielleicht nicht wirklich gewundert. Aber diese Forderung wurde auch von Eltern-, von Schüler- und Lehrerverbänden erhoben. Herr Kollege Lederer, Sie haben soeben erwähnt, dass das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER gescheitert ist. Dies hat die CSU zunächst beruhigt. Nachdem jedoch selbst der Philologenverband für eine längere Schulzeit plädiert hat, mussten Sie irgendetwas unternehmen.

Die CSU suchte eine Lösung nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Sie erfand die Mittelstufe plus. Das bedeutet: Wer unbedingt will, soll das Abitur auch ein Jahr später machen dürfen. Sie rechneten mit einem Interesse von etwa 20 % der Schüler und nahmen an, vor allem schwächere Schüler würden wohl diese Möglichkeit nutzen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Fehleinschätzung!)

Also haben Sie einen Modellversuch an 47 Gymnasien eingeführt, der im Herbst starten wird. Dieser Modellversuch soll zwei Jahre lang laufen. Dann wollen Sie weiter sehen. Die Anmeldefrist – wie das eben schon bemerkt wurde – läuft noch. Sie endet erst am 4. Mai. Aber schon jetzt ist völlig klar, dass gerade an diesen Modellschulen deutlich mehr als 50 % der Schüler die Mittelstufe plus, also eine längere Schulzeit, wollen. Am Gymnasium in Dillingen sind es sogar 75 %.

Dabei handelt es sich keineswegs nur um Schüler, die schwächer sind oder sich selbst als schwächer einschätzen. Vielmehr wollen auch gute und sehr gute Schüler ihre Schulzeit verlängern. Das sollte Ihnen zu denken geben. Sie sollten zumindest Ihr eigenes Modell ernst nehmen und allen Schülerinnen und Schülern, die sich an den ausgewählten Schulen für die Mittelstufe plus entscheiden, die Teilnahme daran ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Kultusminister Dr. Spaenle hat eine Deckelung abgelehnt, nach der den Schulen vorgeschrieben wird, sie dürften nicht mehr als 20 oder 25 % der Schüler in die Mittelstufe plus aufnehmen. Wenn sich aufgrund des überwältigenden Interesses mehr als 50 % der Schüler für die Mittelstufe plus entscheiden, werden mehr Klassen entstehen; und für diese zusätzlichen Klassen benötigen wir zusätzliche Lehrerstunden. Darauf zielt der Antrag der FREIEN WÄHLER ab. Deshalb werden wir diesem Antrag auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus sollte dieses deutliche Interesse von mehr als 50 % der Schülerinnen und Schüler das Kultusministerium dazu veranlassen, sein krampfhaftes Festhalten am G 8 grundsätzlich zu überdenken.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn der Dialog mit dem Bürger und die Koalition mit dem Bürger, von der der Ministerpräsident so gern spricht, ernst gemeint ist, dann müssten Sie diese Abstimmung der Schülerinnen und Schüler mit den Füßen ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte Ihnen ein Wort von Bert Brecht auf den Weg geben: "Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war."

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor wir zur nächsten Wortmeldung kommen, darf ich ankündigen, dass die CSU-Fraktion zu diesem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Herr Kollege Gehring, Sie sind der nächste Redner. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Eiertanz um die Mittelstufe plus geht weiter. Eiertanz Nummer 1: Die Mittelstufe plus ist eben keine Antwort auf den Reformbedarf des Gymnasiums. Die Vorschläge, die viele Menschen im Dialogforum auf den Tisch gelegt haben, sind in der Schublade verschwunden. Nicht einmal die Lehrerverbände führen noch einen Dialog miteinander. Das ist sehr betrüblich. Das rettet aber die Mittelstufe plus nicht, die heute als einziger Vorschlag diskutiert wird.

Die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern fragen jetzt vor Ort an diesen 47 Schulen die Mittelstufe plus nach. Das ist eine Reaktion auf die Unzufriedenheit und die ungenügende Situation bei dem bestehenden G 8. Das ist die Reaktion auf den Druck, der heute in der 6. Klasse vorhanden ist. Das Lernen vollzieht sich in kleinen Häppchen und ist nicht nachhaltig. Diese Situation wird sich durch die Mittelstufe plus nicht verändern. Die Eltern sowie die Schülerinnen und Schüler reagieren jedoch auf diese Situation in der 6. Klasse am heutigen G 8. Wer eine Tür öffnet, darf sich nicht wundern, dass die Leute in dieser Tür einen Ausweg suchen, auch wenn sie kein tatsächlicher Ausweg ist.

Das ist ein Eiertanz vom Anfang bis zum Ende. Es gibt keine klaren Aussagen darüber, wie diese Mittelstufe plus ausgestaltet werden soll, nach welchen Kriterien sich die Schülerinnen und Schüler für diese Mittelstufe plus entscheiden sollen bzw. nach welchen Kriterien sie dafür ausgewählt werden; denn es gibt keine Elternwahlfreiheit. Die Schule soll darüber entscheiden. Da die Mittelstufe plus kein pädagogisches Profil

hat, gibt es auch keine Kriterien dafür, wer für diese Mittelstufe plus geeignet ist und wer nicht.

Herr Kollege Lederer, die Modellversuche der Pilotphase sind in Bayern sehr unterschiedlich verteilt. Im Großraum München gibt es keine einzige Modellschule. Auch in weiten Teilen Oberbayerns gibt es keine einzige Pilotschule. Zum Teil sind lokale Gründe ausschlaggebend dafür, dass sich Eltern für die Mittelstufe plus interessieren.

Ein weiterer Eiertanz wird um das Budget geführt. Wir haben immer gesagt, dass die Mittelstufe plus die organisatorisch aufwendigste und teuerste Variante ist, über die diskutiert worden ist. Die CSU-Fraktion und die Staatsregierung haben sich dafür entschieden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FW-Fraktion, gut, dass Sie jetzt feststellen, dass Doppelstrukturen Geld kosten. Das wäre bei Ihrem Modell des Volksbegehrens der Fall gewesen; und das gilt jetzt auch für die Mittelstufe plus. Zur Frage der Planbarkeit für die Schulen: Die Schulleiter werden jedes Jahr das gleiche Problem haben: Wie viele Schülerinnen und Schüler melden sich an? Wie viele Klassen können gebildet werden? Wie kriegen wir das auf die Reihe? Das ist das Problem von Doppelstrukturen. Deswegen lehnen wir diese Doppelstrukturen ab. Sie haben keinen pädagogischen Mehrwert.

Die FREIEN WÄHLER sind heute ein Teil dieses Eiertanzes. Nicht jede Interessenbekundung für einen Modellversuch ist schon eine Interessenbekundung für das Modell der FREIEN WÄHLER zum G 8 und zum G 9. Derzeit werden an 47 Schulen Umfragen durchgeführt. Diese Umfragen sind noch nicht abgeschlossen. Die Bekundungen sind unterschiedlich. Wir sollten abwarten, was tatsächlich los ist. Hierbei beißt sich die Katze in den Schwanz. Es fehlt ein pädagogisches Profil. Die Schulen wissen nicht, wie sie die Eltern beraten sollen, welche Kinder für die Mittelstufe plus geeignet sind und welche nicht. Pädagogische Antworten fehlen.

Wir halten den Antrag der FREIEN WÄHLER für einen Schnellschuss. Erst nachdem etwas mehr Zeit vergangen ist, werden wir sehen, ob die Budgets reichen. Heute wur-

den bereits Jean Paul mit dem neuen Plan und Bert Brecht mit der Feststellung, dass auf A nicht gleich B folgen müsse, zitiert. Ich sage: Wir brauchen für das Gymnasium tatsächlich einen neuen Plan. Wir brauchen eine pädagogische und eine pragmatische Reform. Sie haben am 7. Mai die Gelegenheit, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen. Dieser Gesetzentwurf wird einen neuen Plan für das Gymnasium enthalten und eine andere Antwort geben, als ein B auf ein A folgen zu lassen. Wir werden uns bei der Abstimmung zum Antrag der FREIEN WÄHLER enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Kollegen Professor Piazolo. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon beinahe rührend, wie die CSU nun plötzlich ein Modell verteidigt, das sie vor Jahresfrist noch vehement abgelehnt hat. Ich erinnere mich daran, wie der Ministerpräsident hier stand und sagte: Das Gymnasium ist toll; wir werden dort nichts verändern. – Dann gab es das Flexijahr. Da hieß es: Das ist toll; das reicht uns; daran werden wir nichts verändern. – Jetzt heißt es zur Mittelstufe plus: Das ist toll und wunderbar, es läuft.

Nichts läuft. Das achtjährige Gymnasium läuft seit vielen Jahren nicht rund; das Flexijahr als Ersatz läuft nicht; und auch die Mittelstufe plus wird nicht das Optimum sein. Nur sagen die Menschen vor Ort: Uns ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach. – Deshalb wollen wir eine längere Lernzeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Uns geht es darum, dass Sie den Schülern diese längere Lernzeit ermöglichen. Es geht nicht darum, ob sich die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD oder die GRÜNEN durchsetzen. Es geht nicht darum, ob sich die Pilotphase durchsetzt. Es geht allein um das Schülerwohl in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Eltern und Schüler liegen uns am Herzen. Lassen Sie deshalb zu, dass jeder Schüler, der länger lernen und diese Pilotphase haben möchte, sie auch durchläuft! Lassen Sie zu, dass nicht nur 47 Gymnasien an dem Pilotversuch zur Mittelstufe plus teilnehmen, sondern 71! Lassen Sie zu, dass auch in München Schulen die Mittelstufe plus einführen können! Lassen Sie zu, dass sich auch städtische Schulen bewerben können! Das ist im Gesetzentwurf nicht vorgesehen; sie dürfen es nicht. Letzter Satz: Die Schüler stehen im Mittelpunkt; und für die Schüler sollten Sie das tun, was wir wirklich wollen.

Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat der Herr Staatsminister Dr. Spaenle um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir haben zur Weiterentwicklung des Gymnasiums ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Wir werden eine neue Lehrplangeneration einführen. Wir haben in diesen Tagen eine umfangreiche Handreichung zur Gymnasialpädagogik vorgelegt. Das bedeutet ein ganz zentrales Element der Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, die das Gymnasium heute zu meistern hat.

Wir haben außerdem mit dem Konzept der Mittelstufe plus das Thema der Lernzeit angegangen. Wir wollen die Mittelstufe plus an 47 Pilotgymnasien erproben. Diese Gymnasien wurden ausgewählt. Im Moment läuft die zweite Phase, nämlich die Vorbereitung dieser Gymnasien auf den Einstieg mit dem kommenden Schuljahr. Zum einen ist im Moment nichts anderes, nichts weniger an den Gymnasien im Gange, als dass jedes Gymnasium aus den Rahmenbedingungen für sich heraus das jeweils passende pädagogische Konzept mit den entsprechenden Stundentafeln entwickelt. Zum anderen erfüllen wir den Auftrag, den pädagogischen Bedarf zu ermitteln.

Der Unterricht soll im Klassenverband stattfinden. Genau hierzu laufen die Planungen in diesen Tagen. Dabei erfolgt eine ganz intensive Beratung vonseiten der Projektgruppe. Jeweils ein Fachleute-Tandem begleitet ein Gymnasium.

Ich kenne keine abschließenden Zahlen der Anmeldungen von Eltern. Diese werden am Montag, dem 4. Mai, vorliegen. Alle, die jetzt in das Horn stoßen, eine Änderung durchzusetzen, schaden den Schülerinnen und Schülern und den Eltern, die diesen Weg einschlagen wollen, und sorgen für Verunsicherung. Wenn man eine solche Klatsche bekommen hat wie die FREIEN WÄHLER bei der Vorstellung ihres starren Modells im vergangenen Jahr, bedeutet das ein Nachtreten zulasten der Schülerinnen und Schüler. Das erleben wir heute.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen gemeinsam, dass jungen Menschen eine individuelle Lernzeit nach ihrem pädagogischen Bedarf eingeräumt wird. Dieser Bedarf muss notwendigerweise festgestellt werden, und ihm muss, wie vielen anderen Dingen am bayerischen Gymnasium, schulorganisatorisch Rechnung getragen werden. Das heißt, dass im Schulalltag entsprechende Klassen gebildet werden. Dies wollen wir mit der Mittelstufe plus auf den Weg bringen und erproben. Darum geht es in dieser Pilotphase. Den Weg, Modellversuche zu unternehmen, die sich anschließend nicht in die Fläche bringen lassen, gehe ich persönlich nicht mit.

Jedes am Pilotversuch teilnehmende Gymnasium erhält als Unterstützung bei der Umsetzung dieser pädagogischen Konzeption zusätzlich vier Stunden. Die Gymnasien behalten die Stunden, die sie als reguläres Budget zugewiesen bekommen, obwohl selbstverständlich die jeweiligen Stundenpläne deutlich weniger Stunden aufweisen als der Regelstundenplan in der achtjährigen Form des Gymnasiums. Diese Stunden behalten die Gymnasien zur Bewältigung ihrer Herausforderungen. Die kleinen Gymnasien erhalten ohnehin im Rahmen der Budgetformel einen deutlich höheren Stundenzuschlag pro Kopf als große Schulen.

Das sind die Rahmenbedingungen. Alles andere bezeichne ich als Panikmache. Deswegen bitte ich, diesen durchsichtigen, für Unruhe sorgenden und auf Unruhestiftung angelegten Antrag zurückzuweisen und dem Hohen Haus nicht länger mit dem Versuch, Bildungspolitik mit Aufguss zu machen, die Zeit zu stehlen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, darf ich Sie noch mal ans Rednerpult bitten? – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Professor Piazolo. – Sie haben das Mikrofon, bitte.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Minister, Sie sprachen von Panikmache. Da stelle ich mir die Frage, was bei Eltern und Schülern Panik erzeugt: ein Antrag, den man hier im Landtag diskutiert, oder ein Brief, den sie von ihrer Schule bekommen und in dem steht, dass der jeweilige Schüler nicht für den Versuch zugelassen ist, den er starten möchte? – Ich persönlich glaube, dass ein solcher Brief eher Schüler in Panik versetzt als eine sachlich geführte Debatte hier im Landtag; denn dafür sind wir da.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie reden immer davon, dass die FREIEN WÄHLER ein starres Modell im Sinn hatten. Ich frage mich dabei immer, von welchem Modell Sie sprechen. Ich glaube, Sie kennen das Modell überhaupt nicht, weil wir ausdrücklich, auch beim Volksbegehren, geschrieben haben: Wir wollen ein Gymnasium mit einer neunjährigen Schulzeit. Sie werden sich erinnern: Der Anlass des Volksbegehrens besteht in einem Gesetzestext und nicht in einem Modellversuch und schon gar nicht in einem ganz bestimmten Modell. Es ging darum, eine neunjährige Schulzeit gesetzlich zu verankern und zu ermöglichen, nicht um mehr und nicht um weniger. Das ist nicht starr, sondern wesentlich flexibler als das, was heute im Gesetz steht; denn darin ist nur eine achtjährige Zeit vorgesehen. Insofern sollten Sie genau formulieren. Und wenn Sie von einem

starren Modell sprechen, bitte ich Sie, uns einmal vorzustellen, was Ihrer Ansicht nach in unserem Volksbegehren stand.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Kollege, weder steht mir zu, das zu beurteilen, was Sie glauben, noch werde ich meine Zeit dafür verwenden, mich mit Modellen auseinanderzusetzen, die in der jüngeren Bildungsgeschichte dieses Landes ihren Platz gefunden haben.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das war jetzt gar nichts!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich eröffne hierzu die namentliche Abstimmung. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.16 bis 17.19 Uhr)

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Wahl der Eltern und Schüler ernst nehmen: Alle Anmeldungen auf G9 umsetzen und niemand abweisen!", Drucksache 17/6212: Mit Ja haben gestimmt 50, mit Nein haben 89 Abgeordnete gestimmt, der Stimme enthalten haben sich 17 Abgeordnete. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Wahl der Eltern und Schüler ernst nehmen: Alle Anmeldungen auf G9 umsetzen und niemand abweisen! (Drucksache 17/6212)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig			X
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			X
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus			X	König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	50	89	17